

# Kostensteigerungen treffen Kindergärten, Pflegeheime und Beratungsdienste mit voller Wucht

---

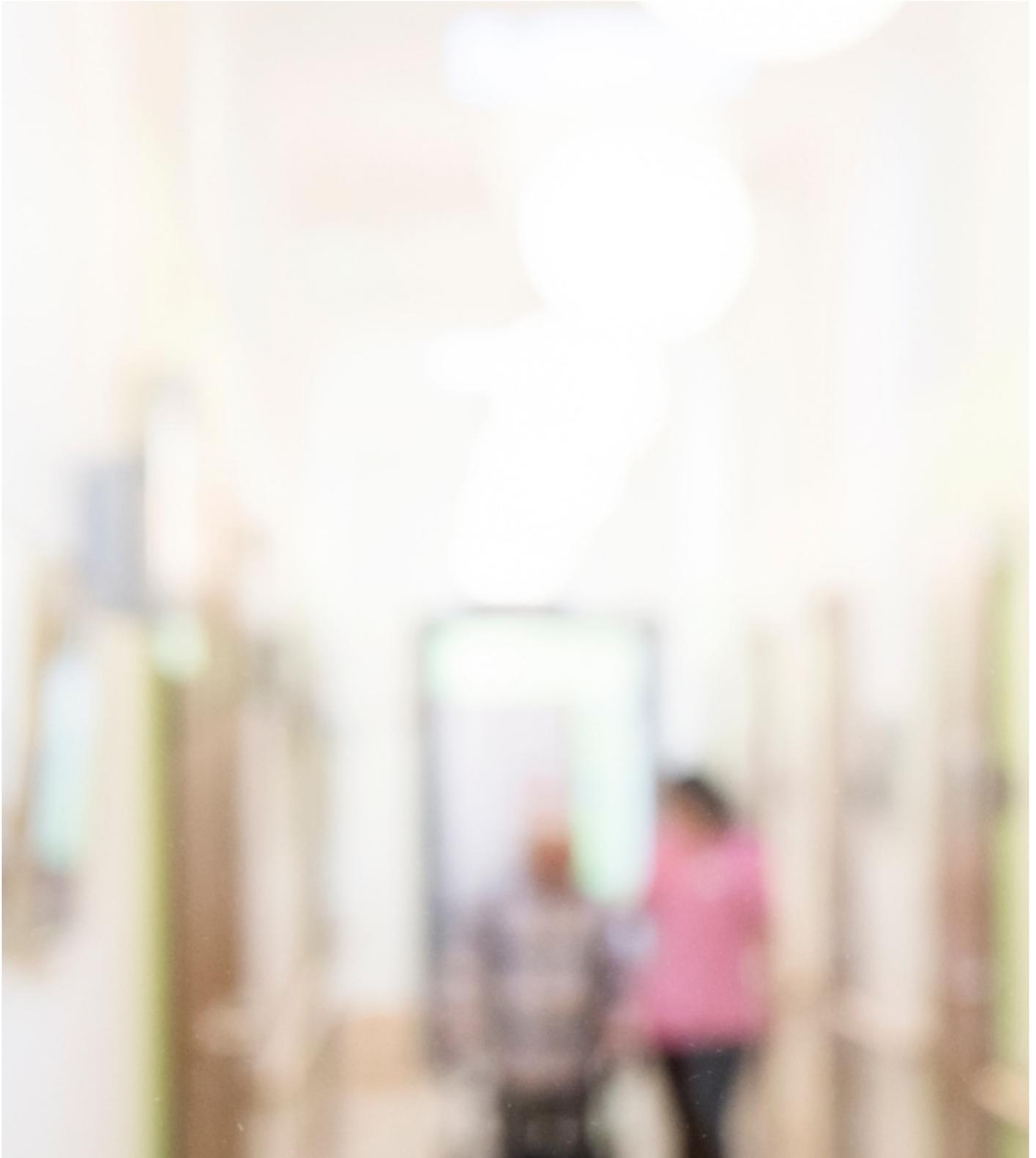
Von Pia Klinkhammer

16. September 2022, 12:48

News und Pressemitteilungen

Top-News für Startseite mit Bild

## Caritas fordert von Land und Bund einen Schutzfonds für die Einrichtungen und Dienste der Daseinsvorsorge





**Köln. Nach Ansicht des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln werden Inflation und Energiekrise massive Folgen für die Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen haben. „Die Einrichtungen und Dienste schlagen Alarm, weil sie um das Netz der sozialen Infrastruktur fürchten. Neben den enorm gestiegenen Preisen für Energie und Waren müssen sie auch erhebliche Lohnsteigerungen gewährleisten. Es fehlt das nötige Geld, um das alles auf einmal zu schaffen“, sagt Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel.**

Die öffentliche Hand nehme sehenden Auges einen Rückbau des Hilfesystems in Kauf, warnt zudem Markus Peters, Vorstandschef des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) Köln.

Lohnsteigerungen seien angesichts der Inflation für die Mitarbeitenden richtig und wichtig. „Notwendig ist jedoch, dass die Kommunen die tatsächlichen Personalkosten auch akzeptieren und übernehmen. Das gilt auch für den Sozial- und Erziehungsdienst“, so Peters. „Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren gesehen, wie unabdingbar und hoch leistungsfähig das Hilfesystem in der Pandemie und in der Ukraine-Nothilfe ist.“

Der Betrieb von Kindergärten, Pflegeeinrichtungen oder Beratungsstellen – all das sind große gesellschaftliche Aufgaben der Fürsorge, die in Deutschland in großem Umfang von der Freien Wohlfahrtspflege wahrgenommen werden. „Damit der Sozialstaat funktioniert, dürfen diese Dienste und Einrichtungen nicht wegbrechen. Der Staat müsste ansonsten alles selbst machen und bezahlen. Da ist die auskömmliche Finanzierung bestehender und leistungsfähiger Dienste viel klüger“, unterstreicht Diözesan-Caritasdirektor Hensel. Stattdessen erreiche aktuell die Unterfinanzierung sozial unverzichtbarer Angebote ein kritisches Maß.

„Gemeinnützige Träger brauchen hingegen verlässliche Kostenträger, um die aktuelle Preisentwicklung zu bewältigen. Sie können das nicht überbrücken“, sagt Hensel.

„Ohne einen zusätzlichen Schutzfonds durch Bund und Land für die Energiekostensteigerungen drohen Leistungskürzungen und Insolvenzen von sozialen Diensten und Einrichtungen. Das wäre katastrophal für viele Menschen.“

Es drohten Kürzungen und die Aufgabe ganzer Angebote. Auch würde die Last der Kosten ungebremst auf die Eigenanteile für Pflegebedürftige durchschlagen, so Hensel. „Letztlich liefe es auf eine Unterversorgung hinaus. Es drohen ernsthafte Ausfälle im Sozialen.“